V. b. b. Zeitung vom Verleger versendet „Journal expédite par l'éditeur"

2. Jahrgang - Nr. 36 - Preis 25 Groschen

Der Judenstaat

zionistisch-revisionistisches Organ — Erscheint wöchentlich

Abonnement-Preis: Österreich: vierteljährig S 2·90, halbjährig S 5·50, ganzjährig S 10·- / Deutschland: vierteljährig RM. 2·- / Polen: vierteljährig Zl. 3·50 Jugoslavien: vierteljährig Din. 40·- / Rumänien: vierteljährig Lei 100·- / C.S.R.: vierteljährig Kc. 15·— / Schweiz und übrige Länder: vierteljährig Schw. Frc. 2·90
Postsparkassen-Konti.: Österreich B-11.035, • C.S.R. 501.540, • Polen Dr. Aron Goldin 27.765, • Jugoslavien Rudolf Heller, Osijek 36.843

Wien, Freitag, den 12. Januar 1934
וינה, יום ו׳ כ״ה טבת תרצ״ד

Redaktion und Administration: Wien, 9., Berggasse Nr. 16 - Telephon Nr. A-17-5-40

Ein Echo

p. h. Wien, 11. Januar.

Jede Tragödie hat ihr Satyrspiel. Das Unglück des jüdischen Volkes sieht als seine Folie die „Sachwalterin" seiner Interessen, die offiziellen Herren von der offiziellen Jewish Agency.

Das gewaltige zionistische Werk, das seit fünfzehn Jahren im jüdischen Heimatland Palästina geschaffen wurde, das schier übermenschliche Werk ist in Gefahr, vertan und vergeudet zu sein. Schlag um Schlag, von Briten und Arabern geführt, saust auf das junge jüdische Palästina nieder. Mit allen Tricks abgefeimter Va banque-Politiker, mit den Methoden brutaler Gewalt wird gegen ein Gebilde vorgegangen, das letzte Rettung und letzte Hoffnung für ein verzweifeltes Diasporavolk bedeutet. Und dieses Volk, das niedergehaltene, das angefeindete, das ausgeblutete, will sich zu wehren beginnen. Es tritt vor die Welt, es legt seine Beschwerden dar, es schildert seine Not, es verlangt Abhilfe. Freilich tut es das, ohne jene offiziellen Herren von der offiziellen Jewish Agency zu fragen. Denn es weiß, daß diese Herren aus eigenem nichts gegen die gefährlichen Anschläge zu unternehmen gedenken, es weiß es aus fünfzehnjähriger Erfahrung, aus trübsten Erlebnissen, aus dem Erlebnis jener Tragödie eben, für die die Herren der Jewish Agency das Satyrspiel abgeben.

Die jüdische Weltpetition, die jetzt mit großem Elan und jenem Optimismus, der unser Volk die Jahrhunderte überdauern ließ, ins Werk gesetzt wird, sie ist die einzige politische Aktion, die das Judenvolk heute als wirksame Antwort auf die Anschläge gegen sein Lebenswerk für die Zukunft entgegensetzen kann. Es ist ein spontaner Ausbruch jüdischer Lebensenergie, ein friedlicher Aufstand eines Volkes, dessen Leid sich zum Protest ballt. Wie müßte doch die „Sachwalterin", die Jewish Agency, dieses Moment der Volkserhebung in ihren politischen Wind spannen, wie müßte sie doch gerade jetzt vor die Welt treten können, vor England und vor den Völkerbund, um ihnen zu sagen, daß das Spiel aus ist, daß es so, wie es ging, nicht mehr weiter geht.

Aber sie ist das Satyrspiel der Tragödie!

Die „Jüdische Rundschau" in Berlin ist ein Blatt der Jewish Agency. Die Jewish Agency hat viele Blätter, aber dieses ist ihr Mund seit Jahr und Tag. Und aus diesem Mund spricht die Jewish Agency zur jüdischen Weltpetitionsbewegung. Sie erfährt von ihr erst — wie neckisch und wie naiv: „Mama, was ist das ein Leutnant"! — aus einem Bericht der Londoner „Times" und reagiert so darauf:

> Der englischen Oeffentlichkeit ist zweifellos bekannt, daß legitimiert zur Führung der jüdischen Politik in bezug auf Palästina ausschließlich die Exekutive der Jewish Agency ist. Die überaus schwierige und sehr verantwortungsvolle Aufgabe der Jewish Agency wird durch derartige unseriöse Schritte nicht erleichtert, und es scheint uns überaus fraglich, ob die Lage der Juden in Palästina und die Chancen der jüdischen Einwanderung dadurch verbessert werden. Aber wahrscheinlich ist der Hauptzweck dieses Schrittes die Provokation eines internen Konfliktes innerhalb der Zionistischen Organisation, da die Jewish Agency selbstverständlich diese selbständige Aktion von Leuten, die auch jetzt noch Mitglieder der Zionistischen Organisation sind, nicht hinnehmen kann. Die Revisionisten glauben offenbar, daß jetzt, nachdem der stärkste Mann der Palästina-Exekutive der Jewish Agency ermordet ist und die neue Exekutive noch um ihre Durchsetzung im Jischuw zu kämpfen hat, die Gelegenheit zu einem derartigen Vorstoß gekommen ist.

Jedes Wort eine Infamie! Der Ausbruch, der Wehruf des jüdischen Volkes ist ein „unseriöser" Schritt! Seriös ist das behäbige Spießertum von ein paar volksfremden Sozialisten und großbourgeoisen Assimilanten, seriös sind die politischen und sonstigen Geschäftemacher einer Körperschaft, von der man z. B. nicht zu hören bekommen kann, warum sie die von Herzl geschaffene Jüdische Kolonialbank aufgelöst hat, was mit deren **400.000 Aktionären** ist und ob diese in einer Generalversammlung der Bank der Auflösung zugestimmt haben. Was, die Jewish Agency ist zur Führung der jüdischen Politik bestimmt? Wer hat ihr diese Berufung erteilt und wie übt sie sie aus? Sie hat von einem Rumpfkongreß — er war nichts anderes, der 18. Zionistenkongreß, der eine ganze Hälfte der zionistischen Organisation vor die Tür der Exekutive gesetzt hat, und die andere, die eigene Hälfte war das Produkt einer mit Terror und Blutverleumdung geführten Wahlkampagne — ihre Berufung erhalten und hat sie ausgeübt gegen die Interessen des zionistischen Werkes in Palästina! Gegen ein aktives Eingreifen der jüdischen Volksmassen in das Geschehen Palästinas will sie sich wehren? Was hat sie dem entgegenzusetzen? Die infame Verdächtigung „daß der stärkste Mann der Palästina-Exekutive der Jewish Agency ermordet ist!..."
Womit sie wohl noch einmal sagen will, daß die Revisionisten es waren, die Arlosoroff ermordet haben. Das jüdische Volk erkenne nun die Fratze von brith-schalomistischen Pressebanditen, die heute noch angesichts von für sie niederschmetternden Gerichtssaalberichten aus Tel-Aviv ihre Verleumderunschuld präsentieren!

Das erste Echo aus dem dichten Wald der Jewish Agency-Blätter! Es ertönt genau so, wie unser geübtes Ohr es schon vor seinem Erklingen vernehmen zu können glaubte. Haben doch zionistische Ohren zu Herzls Zeiten Ausbrüche assimilatorischer Verzweiflung vernehmen können, für die ein klassischer Gestalter zionistischer Terminologie das Wort „Protestrabbiner" geprägt hat. Wir haben nichts dagegen, wenn die Jewish Agency auf diesen Ehrentitel Ansprüche erheben will.

Das schrille Echo des Jewish Agency-Blattes wird verhallen. Bleiben wird jenes Echo, das schon heute aus der nichtjüdischen Welt zu vernehmen ist. Und das Echo des jüdischen Volkes auf den Ruf, die Petitionsbewegung zu formen.

Araber rüsten zur Demonstration:

Was wird am 16. Jänner geschehen?

Jerusalem, 9. Januar. Die arabischen Führer mit Jemal al Husseini an der Spitze, der wegen Teilnahme an den Jaffaer Unruhen vom 27. Oktober vorigen Jahres angeklagt, verurteilt, aber dann wieder in Freiheit gesetzt wurde, führen in den letzten Tagen eine systematische Agitation für Beteiligung der arabischen Massen an der für den 16. d. M. angekündigten unlegalen arabischen Demonstration. Jemal al Husseini schreibt im „Jamea al Islamia", daß jeder Araber, der an der Demonstration nicht teilnimmt, als Verräter betrachtet werden wird. Im selben Geist ist auch die Propagandaaktion des Organes des Großmuftis gehalten, der „Al Jamea al Arabia".

Arabische Agitatoren durchreisen das ganze Land und hetzen die arabische Bevölkerung auf. In Jaffa wird ganz offen dazu aufgefordert, die Telegraphendrähte zu zerschneiden, die Polizei und die Juden zu attackieren.

Nach der Demonstration soll der Generalstreik proklamiert werden, und zwar in folgenden Städten: Jerusalem, Jaffa, Haifa, Sichem, Tel Kerem. Ramleh und Azah.

*

Jerusalem, 4. Januar. Das bevorstehende Ende des Ramadanfastens am 16. Januar bringt die Gefahr neuer Araberunruhen in Palästina. Alle arabischen Zeitungen, vor allem die mohammedanischen Organe fordern die Bevölkerung auf, an den geplanten Kundgebungen teilzunehmen. Aus zuverläßiger Quelle verlautet, daß militärische Verstärkungen aus Aegypten nach Palästina beordert wurden, um für den Fall von Unruhen in Bereitschaft gehalten zu werden. Eine automobilisierte Kavallerieabteilung in Aegypten, bestehend aus vierzehn Panzerwagen des Lancierregiments Nr. 12, und ein Infanteriebataillon sollen Marschordre nach Palästina erhalten haben. Diese Truppen sollen über das ganze Land verteilt und in den wichtigsten Zentren stationiert werden.

Die arabischen Terroristen freigesprochen

Jerusalem, 9. Jänner. Alle 12 Araber, die unter der Beschuldigung, einer geheimen Terrororganisation anzugehören, im Oktober verhaftet wurden, sind freigesprochen worden. Der Untersuchungsrichter erklärte, daß den Angeklagten die Teilnahme an einer Terrororganisation nicht nachzuweisen sei.

Die Nachricht hat in Palästina unter den Juden Erregung hervorgerufen.

Die Palästina-Anleihe

Jerusalem, 9. Januar. Die arabische Tageszeitung »Falastin« berichtet, daß im Monat Januar die Gelder der 2½ Millionen Pfund betragenden Palästina-Anleihe nach Palästina überwiesen werden sollen. Sobald dies geschehen sei, werde die Palästina-Regierung die Zuteilung der bewilligten Beträge für die mit Hilfe der Palästina-Anleihe zu finanzierenden Arbeiten vornehmen.

Eine Million Kisten Orangen

Seit Beginn der jüngsten Orangen-Saison bis Ende Dezember 1933 wurden aus Palästina über eine Million Kisten Orangen, 104.000 Kisten Grape Fruits und 12.500 Kisten Zitronen exportiert. Drei Viertel des Exports gingen über Jaffa, ein Viertel über Haifa.

Auftakt zur jüdischen Weltpetition

Die zionistisch-revisionistische politische Offensive hat begonnen. Die vom Präsidenten der Weltunion der Zionisten-Revisionisten proklamierte und für den 1. Januar 1934 angekündigte Weltpetitionsbewegung der Juden, die sich gegen den Bruch der Mandatsbestimmungen des Völkerbundes für Palästina durch Großbritannien richtet, und für die volle Verwirklichung des jüdischen Staates in Palästina zu beiden Seiten des Jordans kämpft, hat pünktlich eingesetzt. Den Auftakt bildet ein Memorandum der Exekutive der Weltunion der Zionisten-Revisionisten, das in großen Umrissen das Wesen und Ziel der jüdischen Petitionsbewegung zeichnet. Diesem Memorandum wird in ununterbrochener Folge eine Kette von Aktionen folgen, die das Programm der Petitionsbewegung ausfüllen werden.

Das Memorandum ist allen Botschaften, Gesandtschaften und Konsulaten in Paris übergeben worden. Den französischen, britischen und polnischen Geschäftsträgern ist das Memorandum durch eine Delegation der Exekutive der Zionisten-Revisionisten persönlich überreicht worden. Es hat im wesentlichen folgenden Wortlaut:

Die Vereitelungspolitik

Die Weltunion der Zionisten-Revisionisten beehrt sich, Eurer Exzellenz und der Regierung Eurer Exzellenz zur Kenntnis zu bringen, daß die unter dem jüdischen Volke durch die Verhältnisse in Palästina erzeugte Mißstimmung einen Grad erreicht hat, der die Form einer entschiedenen Aktion gegen die Politik der Bürokratie der Mandatarmacht annimmt; eine Politik, die, den Mandatsbestimmungen zum Hohn, die Entwicklung des Jüdischen Nationalheims vereitelt.

Diese Politik. kann am besten und zutreffendsten durch die Tatsache charakterisiert werden, daß der Anteil der Juden an der Gesamtbevölkerung Palästinas, der 1925 bis gegen 20% gestiegen war, 1931 auf etwas über 17% gesunken ist und Ende 1933 noch etwas weniger ausmacht. Dieser angesichts der hinter den Kolonisationsbemühungen stehenden Idee schicksalhafte Rückgang vollzog sich ungeachtet aller konstruktiven Erfolge der Juden, deren intensive Arbeitsleistung allgemeine Bewunderung erregt hat.

Das Mandatsregime hat, während es die jüdische Einwanderung nach Westpalästina einschränkte und Juden vom Zutritt nach Transjordanien völlig ausschloß, einen dauernden und eingestandenermaßen unkontrollierten Zustrom transjordanischer Araber nach Palästina zugelassen, durch den das Jüdische Nationalheim überflutet und der Zuwachs der jüdischen Bevölkerung überboten wurde. Diese Politik soll offiziellen Aeußerungen in Jerusalem und in London zufolge fortgesetzt werden. Transjordanien, wo kein Jude wohnen darf, ist arm; Westpalästina erfreut sich einer ausgesprochenen Prosperität, die ausschließlich den Juden zu verdanken ist; dieser Unterschied wird benutzt, um einen Strom von Arabern anzuziehen, den einzudämmen die Regierung ablehnt, während sie die Einwanderung von Juden hemmt.

Was jüdisches Nationalheim bedeutet

Dies bedeutet eine direkte und vorbedachte Verletzung der elementaren Grundsätze des Mandats. Welche Meinungsverschiedenheiten immer bezüglich der Auslegung des Begriffes »Nationalheim für das jüdische VolVk« — eine Bezeichnung, die nach unserer auf offizielle Dokumente sich stützenden Meinung von den Unterzeichnern der Balfour-Deklaration und des Völkerbundmandats zur Definition eines jüdischen Staates gewählt worden ist — bestehen mögen, so muß es eine Grenze auch für eine einschränkende Auslegung geben. Niemand kann den Begriff eines Jüdischen Nationalheims soweit verstümmeln, daß daraus ein Land werden soll, in dem die Juden, obwohl sie seinen Gesamtwohlstand heben, verurteilt sein sollen, stets eine machtlose relativ sich vermindernde Minorität zu bleiben und vermutlich letzten Endes das Schicksal anderer jüdischer Minderheiten zu teilen.

Bei ihrem Versuch, diese Politik zu rechtfertigen, beruft sich die Mandatarmacht auf die »Grenzen der wirtschaftlichen Kapazität Palästinas für die Absorbierung von Neueinwanderern«. Dieses Argument scheint in den Tatsachen kaum eine Stütze zu finden. Schon allein die Tatsache, daß die Bevölkerung Palästinas von 650.000 Seelen im Jahre 1922 nach Schätzungen Ende1933 auf über 1,200.000 Seelen angewachsen ist — eine Zunahme von fast 85% in elf Jahren und dies unter gleichzeitiger außerordentlicher Prosperität und Fehlen von Arbeitslosigkeit — ist der beste Beweis dafür, daß die »Absorptionskraft« Palästinas bei einem gleichzeitigen Kapitalzufluß gestützt wird und begeisterte Ausdauer zeigt,, tatsächlich unbegrenzte Möglichkeiten in sich schließen.

Wäre die Regierung wirklich um die Absorptionskraft des Landes bekümmert, so würde sie vor allem der Invasion transjordanischer Araber Einhalt gebieten, die offenkundig den in Palästina herrschenden modernen Wirtschaftsbedingungen nicht angepaßt sind, und sie würde sich nicht, wie sie es jüngst getan hat, auf eine Massenvertreibung von jüdischen »Touristen« einlassen, die Arbeit oder rentable Anlagemöglichkeiten für ihre Ersparnisse gefunden und sich deshalb entschlossen haben, in Palästina zu bleiben; denn solche »Touristen« stellen in wirtschaftlichem Sinn den gesündesten Einwanderertyp dar, der streng innerhalb der Grenzen der Aufnahmefähigkeit des Landes auf natürliche Weise »absorbiert« wurde. Wir müssen also aus diesen Erscheinungen den Schluß ziehen, daß die Politik der Mandatarregierung nicht von wirtschaftlichen Erwägungen, sondern von politischen Motiven geleitet wird, die ihrem Wesen nach im Widerspruch zum Mandat stehen.

Das mandatswidirge Verhalten

Seit langem hat das Regime der Mandatarmacht in Palästina einen Charakter angenommen, der sich mit Geist und Buchstaben des Mandats nicht vereinbaren läßt. Bodenkauf zum Ausbau jüdischer Landwirtschaft wurde faktisch unmöglich gemacht. Transjordanien, der ausgedehnteste und am schwächsten bevölkerte Teil des Mandatsgebiets ist jüdischer Siedlung hermetisch verschlossen. Das palästinensische Schatzamt, dessen Einnahmen zu mehr als 50% von Juden stammen, bestimmt in seinem Budget für jüdische Bedürfnisse kaum ein Sechstel dessen, was es für die Bedürfnisse der nichtjüdischen Bevölkerung ausgibt. Im Staatsdienst bilden die Juden eine kleine und untergeordnete Minderheit; dasselbe ist der Fall bei der Durchführung öffentlicher Arbeiten und ganz besonders in der Polizei, obwohl die jüdische Bevölkerung dauernd von einer Wiederholung der Gewalttätigkeiten eines mörderischen Mobs bedroht ist. Hiezu kommt, daß die Bürokratie in Palästina fast durchwegs von einem Geist beherrscht wird, den die Palästinenser trotz allem Widerstreben als eine häufig sogar ganz unverhohlen dem westlichen Antisemitismus entsprechende Stimmung auffassen müssen.

Protest des jüdischen Volkes

Das jüdische Volk kann diese Zustände nicht länger ertragen; die Zeit ist gekommen, da es sich genötigt sieht, seine Stimme zum Protest zu erheben, gegen die Mandatarmacht und die Palästina-Verwaltung die Anklage offener systematischer und bewußter Verhöhnung und Verletzung des Mandates zu richten und eine Untersuchung, Revision und Wiedergutmachung zu fordern.

Diese Bewegung hat bereits eingesetzt. Der einheitliche Beschluß der revisionistischen Pioniere, auf den ihnen zukommenden Anteil an den auf Grund der letzten Schedule ausgegebenen Einwanderungszertifikaten zu verzichten, sowie die Kundgebung in Tel-Aviv am 9. Dezember, die vor einem offenen Zusammenstoß mit der Polizei und Militärkräften nicht zurückschrak, bilden den spontanen Anfang einer weltumfassenden Anstrengung des jüdischen Volkes auf dem Gebiet internationaler politischer Aktion gegen einen ebenso ungerechten wie unerträglichen Zustand.

Diese Bewegung wird die Form einer jüdischen Weltpetition annehmen, die gleichzeitig an die Regierungen aller Mächte, an die Regierung und das Parlament Großbritanniens und an den Völkerbund gerichtet werden wird. Diese Petition, die eine schwere Anklage gegen ein Regierungssystem erhebt, trägt keinerlei Feindseligkeit gegen irgend eine Nation in sich. Die gesamte Judenheit glaubt, ebenso wie die revisionistische Union, auch weiterhin fest daran, daß das öffentliche Gewissen im Lande der Mandatarmacht selbst, sobald es erkennen wird, daß die jüdischen Hoffnungen in einem Augenblick jüdischer Notlage in seinem Namen vernichtet werden, von selbst das Palästina-Regime als dem nationalen Prestige Englands untreu brandmarken wird.

Die Union, seit 1925 Wortführerin aller Juden, denen Zionismus die allmähliche Umwandlung Palästinas zu beiden Seiten des Jordans in einen Judenstaat bedeutet, unternimmt mit der Vorlage dieser Erklärung ihren ersten offiziellen Schritt in der Petitionsbewegung.

An unsere Leser!

Eine der nächsten Nummern unseres Blattes erscheint in bedeutend verstärktem Umfang als spezielle „Petitionsnummer", gewidmet der jüdischen Weltpetitionsbewegung, die am 1. Jänner eingesetzt hat.

Die jüdische Petitionsbewegung wird in dieser Nummer von berufener Feder allseitige Beleuchtung erfahren.

Bestellungen dieser Spezialnummer sind an die Administration des Blattes zu richten.

Das Ziel des Zionismus

Die Weltunion der Zionisten-Revisionisten hat durch ihr Londoner Sekretariat soeben die erste Nummer eines Bulletins erscheinen lassen, das im Zusammenhang mit der Petitionsbewegung englischen Politikern und Parlamentariern eingehändigt wurde. Im Vorwort des Bulletins heißt es:

»Die Welt-Union der Zionisten - Revisionisten, die bei den letzten Wahlen zum Zionistenkongreß über 97.000 Stimmen erhielt, ist die zweitstärkste zionistische Partei. Sie repräsentiert jenen immer größer und stärker werdenden Teil des jüdischen Volkes, der aus der katastrophalen jüdischen Weltsituation die zwingenden Konklusionen zieht und für die Wiedererrichtung eines jüdischen Staates in Palästina als einzige wirkliche Lösung der Judenfrage eintritt.

Sie vertritt die zionistische Einsicht, daß die Schaffung einer jüdischen Minderheit in Palästina nichts anderes sein kann, als die Wiederholung der tragischen Erfahrungen, die die Juden im Verlauf ihrer Geschichte in den anderen Ländern gemacht haben, und will diese Einsicht den politischrealdenkenden Briten vermitteln.

Das jüdische Volk deutet das britische Versprechen als eine Zusage, die Wiedererrichtung des jüdischen Staates zu erleichtern; keine andere Verheißung hätte das jüdische Volk bewogen, jene unglaublichen Anstrengungen zu machen und jene Opfer zu bringen, die das jüdische Volk in den letzten fünfzehn Jahren in Palästina gezeigt hat.

Trotzdem die Größe der jüdischen Anstrengungen mit den jüdischen Aspirationen im Einklang stehen und sie rechtfertigen, ist uns die Mitarbeit der britischen Regierung keineswegs in jenem Maße zuteil geworden, das die Früchte unserer Anstrengungen hätten voll reifen lassen. Im Gegenteil, die letzten fünfzehn Jahre waren von administrativen Akten und Aeußerungen gekennzeichnet, die unsern Fortschrit obstruieren und uns entgegen unseren unausgestezten fünfzehnjährigen Bemühungen vom Ziel ferner halten als je.

Die Hauptprinzipien der zionistisch-revisionistischen Bewegung müssen, wie wir glauben, von allen weitsichtigen britischen Staatsmännern akzeptiert werden, die den vollen Wert eines mächtigen jüdischen Staates einzuschätzen vermögen, der an das britische Volk durch Gefühle der Dankbarkeit und der Interessen gebunden wäre«.

In derselben Vorrede wird das jüdische Palästinaprogramm so formuliert:

> Das Ziel des Zionismus ist die Lösung der Judenfrage durch Errichtung eines sich selbst regierenden jüdischen Staates zu beiden Seiten des Jordans unter den Auspizien einer jüdischen Majorität.
>
> Die Weltunion der Zionisten - Revisionisten vertritt die Ansicht, daß dieses Ziel innerhalb einer absehbaren Zeit erreicht werden kann durch:
>
> 1. Eine genügend große jüdische Immigration, die im Laufe einer Generation eine jüdische Majorität garantiert.
> 2. Ein in Palästina so konstruiertes Regime, daß dessen Legislative und Administration auf die industrielle und landwirtschaftliche Entwicklung Palästinas gerichtet ist, auf die systematische Besiedlung durch jüdische Immigranten und die Wahrung der Rechte der künftigen Majorität. Dieses Regime hat dafür zu sorgen, daß die Fassungskraft des Landes die größtmögliche wird.
> 3. Die Errichtung einer jüdischen militärischen und Polizeieinheit zum Zweck der Verteidigung des Landes und Aufrechterhaltung der Ordnung unter der Aufsicht der Mandatarmacht.

Misrachi unterstützt diePetition

Warschau, 3. Januar. Die polnische Misrachikonferenz, die heute geschlossen wurde, hat eine Resolution angenommen, in der das Zentralkomitee des Misrachi aufgefordert wird, die revisionistische Petitionsbewegung zu unterstützen.

Gold-und Kupfererze in Südpalästina?

Gaza, 9. Januar. Arabische Zeitungen berichten, daß Captain Williams, der Direktor der Sulphur Quarries Ltd., die eine Lizenz erworben hat, in Südpalästina nach Schwefel zu forschen und etwa vorhandene Lager abzubauen, 200 Kilometer südlich von Beer Sheba bei der Ortschaft Marschusch Lager von Gold- und Mangankupfererzen gefunden habe.

Die Arbeiter und die Freiheitsbewegung

Von JOSEF KLAUSNER, Professor an der Universität Jerusalem.

Unsere kleine jüdische Welt ist in fast allen Dingen des Lebens verglichen mit der großen Welt der Völker Europas eine verkehrte Welt. So ist es kein Wunder, daß auch alles, was in unserer Wiederbelebungsbewegung geschieht, anders aussieht als das, was in gleichem Falle andere Völker taten.

Die Fahnenträger aller Freiheitsbewegungen der unterdrückten Nationen waren immer die Arbeiter und die studierende Jugend. So im zaristischen Rußland, im Italien Garibaldis und Mazzinis, in Rumänien, in Bessarabien, in Bulgarien und beim tschechischen Volk vor seiner Befreiung. Die Arbeiter und die Studenten waren die extremsten Fanatiker des Ideals der Befreiung und der vollkommenen Erlösung ihres Staates und ihrer Nation.

Beim Volke Israel aber ist es anders. Zwar waren die Biluim in ihrer Mehrheit Studenten, aber die jüdischen sozialistischen Arbeiter waren stets extremste Gegner der jüdischen Freiheitsbewegung. Sie schlugen sich zu den Sozialdemokraten, zu den russischen Sozialrevolutionären, zum antizionistischen jiddischistischen Bund, die alle vollständige Assimilation predigten (höchstens das Jiddisch als Trennungszeichen zwischen den Juden und den anderen Völkern anerkannten) gegen die jüdische Religion aber und die hebräische Sprache, gegen Palästina, gegen die jüdische Staatsidee und die jüdische Freiheitsbewegung ankämpften. Und als nach der Konferenz in Minsk und nach den Pogromen in Kischenew und Homel (1903) sich eine zionistisch-sozialistische Bewegung bildete, stellte auch sie keine wirkliche jüdische Freiheitsbewegung dar. Der mit der „praktischen Arbeit" getriebene Kult, ein Ueberbleibsel der „Chibath Zion", hielt jeden Gedanken an einen wirklichen Freiheitskampf im staatlichen Sinn nieder. Damals war es zwar verständlich, wenn die Parole lautete, daß in Palästina Arbeitermassen geschaffen werden müssen; es war notwendig dafür zu kämpfen, um jene Arbeitsplätze zu erobern, die in den jüdischen Kolonien von Fremden eingenommen wurden. Seit jener Zeit sind aber bereits 30 Jahre verflossen; in Palästina gibt es nun Zehntausende jüdischer Arbeiter; auch das Ideal von der Arbeitseroberung ist in den Städten zur Gänze, in den Kolonien fast zur Gänze verwirklicht. Man müßte sich also sehr wohl vorstellen können, daß die Arbeitermassen, die heute eine so große und starke Organisation besitzen und in Palästina so einflußreich sind, an der Spitze der Freiheitsbewegung marschieren, Fanatismus für das jüdische Staatsideal und für alles das, was mit diesen Begriff zusammenhängt, bekunden. Man müßte ferner annehmen, daß sie auf alles das, was mit dem Klassenkampf zusammenhängt, verzichten, um die Brudereintracht bei allen Teilen unserer Nation nicht zu zerstören, ohne die der Freiheitskampf einer unterdrückten Nation nicht möglich ist. Dem ist zu unserem Bedauern nicht so. Keine Partei ist so sehr zu Kompromissen geneigt und zu leichtem Verzicht auf den jüdischen Staat wie die jüdische sozialistische Arbeiterpartei. Sie lebt mit den Leuten vom Brith Schalom in Frieden, wenn nicht gar in Freundschaft. (Im Arbeiterseminar und im „Dawar" findet man viele Anhänger des Brith Schalom, aber keinen Revisionisten). Hingegen zeigt die Partei dort Fanatismus und Elan, wo sie Verlust an Klassenprofit wittert oder Aussicht auf Klassennutzen hat. Der Sozialismus wiegt ihr mehr als der jüdische Nationalgedanke, als der Judenstaat und der gemeinsame Kampf, die einträchtige Arbeit aller Klassen. Manchmal scheint es, als wäre es gar nicht so. Aber überall dort, wo mitunter der Zionismus den Sozialismus zu überwiegen scheint, zeigt es sich, daß die Histadruth Haowdim nur Rücksicht übt, weil sie gerne aus bourgeoisen Quellen trinkt und deshalb auf die Allgemeinen Zionisten angewiesen ist. Gewiß gibt es in Palästina auch jüdische sozialistische Arbeiter, denen der Zionismus dem Sozialismus vorangeht, aber sie sind in der Minderheit!

Das ist es, weshalb in Palästina **eine zweite Histadruth geschaffen werden muß, eine Histadruth für nationale Arbeiter.**

Ich weiß sehr wohl, daß die Gegner diese neue Histadruth mit den gelben Organisationen der Vorkriegszeit und den nationalsozialistischen und faschistischen Organisationen der Gegenwart vergleichen. Aber es gibt ein Sprichwort: „Wenn zwei dasselbe tun, so ist es doch nicht dasselbe!" Der Nationalismus eines verfolgten Volkes ist mit dem eines Volkes, das selbst verfolgt, nicht zu vergleichen. Und die Sucht eines Volkes, das selbst viele Länder hat, nach neuen Territorien, ist wahrlich etwas anderes als die Sehnsucht eines Volkes, das nichts hat, um sein Haupt betten zu können, nach einem eigenen Land. Das gilt auch mit Beziehung auf eine nationale Arbeitergewerkschaft bei den Juden und in Palästina im Vergleich zu einer solchen der Nationalsozialisten in Deutschland. Erscheint nicht auch die sozialistische Arbeiterpartei nationalsozialistisch? Kann man sie deshalb mit den Nationalsozialisten Deutschlands verwechseln?

Wodurch unterscheidet sich nun die neue Histadruth von der alten?

Die nationalen Arbeiter sind Arbeiter wie alle anderen auch. Es liegt ihnen ferne, einen Streik, der aus wirtschaftlichen, nationalen oder staatspolitischen Gründen ausgebrochen ist, zu brechen, vorausgesetzt, daß er sich nicht gegen sie selbst richtet. Sie halten am Prinzip rein-jüdischer Arbeit fest, denn ohne eine solche kann es keine jüdische Mehrheit in Palästina geben, ebensowenig wie die Produktivisierung des Volkes. Sie sind jüdische Arbeiter wie alle anderen jüdischen Arbeiter Palästinas. Sie verdienen ihr Brot im Schweiße ihres Angesichtes; sie machen Wüsten urbar und trocknen den Boden, sprengen Felsen, legen Sümpfe frei, bauen Häuser in den Städten und gründen Wirtschaften in den Kolonien. Kurz, sie sind in dieser Beziehung allen anderen jüdischen Arbeitern gleich und es besteht kein Unterschied zwischen ihnen und den Arbeitern der Histadruth. Damit erledigt sich eine Beschuldigung, die man sogar von aufrechten Gegnern der Revisionisten zu hören bekommt. Man liebte es bis jetzt, den Revisionisten vorzuwerfen, sie seien nur mit dem Mund stark, sie könnten nur kritisieren, höhnen und protestieren. Mit der Gründung dieser Gewerkschaft werden solche Behauptungen zunichte. Ließen die Gegner nur die Revisionisten ohne Störung arbeiten!

Von nun an haben die Revisionisten eine wirkliche Arbeitergewerkschaft wie die Sozialisten und Misrachisten.

* *

Aber es gibt ein Wesentliches, das die nationalen Arbeiter von den anderen jüdischen Arbeitern unterscheidet. Da ihrer Meinung nach in Palästina der Sozialismus nicht zu verwirklichen ist und 80 Prozent des jüdischen Volkes noch keine Bauern und keine Arbeiter sind, sehen sie ihre Hauptaufgabe in der jüdischen Freiheitsbewegung.

Die nationale Arbeitergewerkschaft ist die Fahnenträgerin der Freiheitsbewegung in Palästina. Dies legt bestimmte Verpflichtungen auf. Da den nationalen Arbeitern die nationale Befreiung der Juden die Hauptsache ist und das Freiheitsstreben allen Teilen der jüdischen Nation gemeinsam ist, darf nicht Klassenkampf gepredigt werden, weil es der marxistische Sozialismus so verlangt. Und weil eben diese Befreiung dem nationalen Arbeiter das wichtigste ist, die Wiederauferstehung des jüdischen Volkes, so will dieser Arbeiter auf nichts verzichten, was den politischen Zionismus ausmacht und lehnt jedes Kompromiß mit Beziehung auf eine jüdische Mehrheit ab. Er kann sich mit der britischen Regierung nicht abfinden, deren Tendenz auf die Vernichtung jeder Aufbaumöglichkeit eines jüdischen Nationalheims geht. Ebensowenig kann er sich mit den arabischen „Führern" abfinden, die sich bemühen, unsere Freiheitsbewegung durch Revolten, Demonstrationen und Zeitungshetze zu verhindern. Der nationale Arbeiter steht stark und fest auf dem Boden Herzlistischer Anschauung, für deren Unversehrtheit und Vollkommenheit er seine ganze Seele zu opfern gewillt ist. Wie die russischen Arbeiter in den Jahren 1860—1918, die italienischen in den Jahren 1815—1870, die tschechischen in den Jahren 1870—1918, wie die rumänischen, bulgarischen und serbischen Taglöhner in den Jahren 1850—1880 ihre nationalen Fahnen hochhielten, so werden auch die jüdischen Arbeiter (selbstverständlich mit jenem Unterschied, der zwischen Völkern, die schon bodenständig sind, und einem Volk besteht, das sich erst um ein Land schart) die Fahne des Judenstaates hochhalten, jene Fahne, welche die der vollständigen Erlösung des jüdischen Volkes auf seinem Boden sein wird, wenn die Zeiten sich geändert haben und die Stunde da ist.

Unter dieser Fahne wird sich jeder ehrenhafte und aufrechte Arbeiter im wiederauferstandenen Lande sammeln, jener Arbeiter, der zur völligen Befreiung strebt, und die neue Histadruth wird in der Nation einen gewaltigen Faktor darstellen, so daß alle ihre Feinde und erbittertsten Gegner von heute vor ihr zurückweichen werden. Der Fahne der Befreiung und Erlösung gehört der Sieg! Heute schon oder erst morgen, aber ihr gehört der Sieg, denn so lehrt uns die Geschichte jeder Freiheitsbewegung. Und die Geschichte trügt nicht!

(Aus dem Hebräischen)

Zwei legislative Councils

Jerusalem, 3. Januar. Die gemäßigte christlich-arabische Halbmonatsschrift »Meraat el Shark« schlägt im Hinblick auf die angekündigte Einsetzung eines Legislative Council für Palästina vor, zwecks Vermeidung nationaler Streitigkeiten und Ermöglichung reibungsloser Aufbauarbeit unter Mitwirkung der gesamten Bevölkerung Palästinas nicht einen, sondern zwei Legislative Councils zu schaffen, einen zur Vertretung der Araber, den anderen als Repräsentanz der jüdischen Bevölkerung, die von jeder dieser beiden Körperschaften ausgearbeiteten Gesetzesvorschläge sollen dem High Commissioner zur endgiltigen Entscheidung vorgelegt werden. Auch aus rein technischen Gründen hält die Zeitung die Einsetzung von zwei gesonderten Beratungskörperschaften für Juden und Araber für vorteilhaft, da hierdurch die zeitraubenden Uebersetzungen, die jetzt in den offziellen Körperschaften notwendig sind, wegfallen würden.

Notverordnung gegen Unruhestifter

Jerusalem, 4. Januar. Eine Sonderausgabe der »Palestine Gazette«, des palästinensischen Amtsblattes, bringt ergänzende Bestimmungen zum Strafgesetz, durch die Drohung mit Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung unter Strafsanktion gestellt wird. Entgegen dem sonst üblichen Vorgang treten die neuen Bestimmungen sofort in Kraft, was im Amtsblatt damit begründet wird, daß »nach der Meinung des High Commissioner ihre sofortige Verlautbarung im öffentlichen Interesse als unumgänglich notwendig erscheint«. Man nimmt an, daß es sich bei der Einführung dieser neuen Bestimmungen um eine Notverordnung im Hinblick auf die für den 16. Januar befürchteten Unruhen handelt

Arabische Gewalttaten

Jerusalem, 3. Januar. Eine Gruppe jüdischer Pflüger des Kibbutz Schlocha auf Wadi Hawarith wurde während der Arbeit von einer starken Rotte mit Steinen und Stöcken bewaffneter Beduinen angegriffen. Vier jüdische Mitglieder des Kibbutz, die den Traktor bedienten, wurden verwundet, davon zwei schwer. Die Verwundeten wurden in die Kolonie Chedera gebracht, wo ihnen ärztliche Hilfe zuteil wurde. Polizei begab sich nach dem Wadi Hawarith, um die Angelegenheit zu untersuchen.

Todesurteil gegen die Mörder von Vater und Sohn Jakoby

Jerusalem, 6. Januar. Das Jerusalemer Berufungsgericht hat einmütig das vom Distriktsgericht in Jaffa gegen die Araber Ahmed Galiani und Mustapha Ali Ahmed, die den jüdischen Kolonisten Joseph Jacoby und seinen zehnjährigen Sohn David in ihrer in der Kolonie Nahalal gelegenen Wohnung ermordeten, ausgesprochene Todesurteil bestätigt. Die Untersuchung hat bekanntlich ergeben, daß der Mord von Mitgliedern einer arabischen Terroristenvereinigung, die noch mehrere andere Morde gegen Juden und Engländer geplant und zum Teil auch ausgeführt hat, begangen worden ist.

Die Einwanderungsschande mordet

Saloniki, 4. Januar. Einen tragischen Selbstmordversuch wegen Nichtzuteilung eines Palästina-Zertifakats hat in Saloniki eine Frau, die seit Monaten darauf wartet, sich zu ihrem nach Palästina ausgewanderten Gatten begeben zu können, verübt. Das Palästina-Amt in Saloniki hat vor kurzem von der Exekutive der Jewish Agency 30 Arbeiter-Einwanderungs-Zertifikate zugeteilt erhalten, während fast 2000 Bewerber um Zertifikate in Griechenland vorhanden sind. Nach Verteilung der 30 Zertifikate kam es zu erschütternden Verzweiflungsausbrüchen der Zurückgewiesenen. Eine Frau warf sich nach dem Verlassen des Palästina-Amtes vor einem Wagen und wurde in erheblich verletztem Zustand ins Krankenhaus eingeliefert.

Die revisionistische Frau

Wir wollen an die Arbeit gehen

Not und Elend lasten unerträglich auf dem ganzen Volk. Die schlimmsten Verfolgungen jagen wieder den ewig gehetzten Juden, von Land zu Land, in die Verzweiflung, in die Katastrophe. Nur eine Hoffnung bleibt dem Unglücklichen: Palästina! Palästina, wenn er Arbeit, wenn er Brot, wenn er Unterkunft für Frau und Kinder sucht. Palästina, kein sentimentaler Luxus mehr; es handelt sich heute nicht um verletzte Menschenwürde, um historische Heimatsehnsucht, um nationale Erhaltung. Nein, es handelt sich ganz einfach um den Selbsterhaltungstrieb. Um den primitivsten, den elementarsten. Angst vor dem Hunger, Flucht vor dem Tod treibt Hunderttausende auf die Suche nach Rettung. Nirgends finden sie Hilfe, überall gesperrte Tore. Eine Lebensmöglichkeit, eine Aussicht auf Arbeit für diese Heimatlosen, für die Armen, denen antijüdische Gesetze Geld, Beruf nehmen? Palästina! Das ist heute Palästina: Lebensrettung für Hunderttausende!

Und noch etwas: diese Hunderttausende, Last und Balast für die Gesellschaft, die sie aushungert oder austreibt, diese überall Unerwünschten, sie werden von der alten Erde wie der verlorene Sohn aufgenommen. Das uralte Band zwischen Heimat und Volk hat ja noch eine Bedeutung. Es braucht nicht nur das Volk sein Land, es braucht auch das Land sein Volk. Erez Israel erwacht aus seinem zweitausendjährigen Schlaf. Es legt wie in einem Zauber die Wüsten aus Sand und Steinen ab. Es wird wieder das Land unserer Väter, als dort Honig und Milch flossen.

Aber die Regierung Palästinas will die Hunderttausende nicht ins Land lassen. Die jüdische Presse

bringt täglich Trauernachrichten: Sperrung der Einwanderung, Verfolgung der »Illegalen«, Versetzung eines Polizisten, weil er seine Pflicht getan hat, eine Pflicht, die diesmal der jüdischen Front, aber natürlich auch der allgemeinen Ruhe zunutze kam; die letzten Maßnahmen, die letzten in einer langen Reihe, die dem Jüdischen National-Heim seine Fundamente zerstören. Weltwirtschaftskrisis, Antisemitismus... Und Verfolgungen im eigenen Land? Die letzte Rettung und die heiligsten Rechte, die nimmt man einem Volk nicht weg, gerade in einem Zeitpunkt, da das Volk so gedrückt, so verfolgt, so verzweifelt ist. Wie ein Erdbeben pflanzen sich Empörung und Erbitterung durch die ganze jüdische Welt fort, alle Schichten des Volkes erschütternd, nie gekannte Kräfte lösend.

Diese Kräfte dürfen nicht ersticken und noch weniger erstickt werden. Diese Kräfte wird unser Führer Jabotinsky mobilisieren. Die Petitions-Bewegung wurde am 1. Januar proklamiert. Daß sie die weitesten Kreise derJudenheit erfaßt, dafür soll in jedem Land und in jeder Stadt die revisionistische Organisation sorgen.

Die revisionistisch gesinnten Frauen, die sich in Frauen-Gruppen organisiert haben, weil sie erkannt haben, daß eine Teilung der Arbeitsgebiete der Arbeit von Nutzen ist, soll in der Petitions-Bewegung eine wichtige Aufgabe ihrer Organisationen erblicken. Die Frauen-Gruppe in Wien wird in ihrer Sitzung vom 9. d. M. beschließen, von der Landesoganisation ganz konkrete praktische Aufgaben im Rahmen der in Wien unternommenen Aktionen zu verlangen.

Neben dieser dringenden Arbeit, die das Gebot der schicksalschweren Stunde ist, wollen wir nicht vergessen, daß unsere natürliche Frauenrolle die der Erzieherin ist und bleibt. Die jüdische Frau hat als Mutter, als Gattin, als Arbeiterin im sozialen Bereich ununterbrochen Gelegenheit, ihre Ueberzeugungen, ihre Prinzipien, ihre Ideen zu propagieren und zu verwirklichen. Dies ist Erziehung im weitesten Sinn. Politische Selbstschulung ist Bedingung für ein solches Wirken. Neben dieser individuellen Erziehungsaufgabe jeder revisionistischen Frau am häuslichen Herd, um den Teetisch oder bei philantropischer Arbeit, muß die revisionistische Frauengruppe als Ganzes an einem großartigen Erziehungswerk teilnehmen, das die Hoffnung und der Stolz der revisionistischen Organisation ist, am Brith Trumpeldor. Im Betari entsteht der neue Jude, wie ihn der Aufbau des Judenstaates braucht. Schon kleine Kinder gehen den schönen, aber schweren Weg, oft ein wahres Martyrium. Die revisionistische Frau soll diesen Kindern ihre moralische und materielle Hilfe zu Verfügung stellen, für den TelChaj-Fonds sorgen und arbeiten.

Noch eine praktische Arbeit, die uns selbstverständlich zukommt, weil eine Sache des Haushaltes, ist die Tozeret-haarez-Bewegung. Damit wird nicht nur eine materielle Hilfe für den Jischuw, sondern vor allem ein bedeutendes politisches Resultat erreicht. Neue Ausbaumöglichkeiten für die Produkte palästinensischer Landwirtschaft und Industrie, bedeuten neue Einwanderungsmöglichkeiten.

Petition, Tel-Chaj, Tozereth Haarez, diese Aufgaben warten auf uns. Es gilt für die Frauengruppe, ihre Organisation zu stärken und an die Arbeit zu gehen! Beim Werk der nationalen Rettung des Volkes darf die jüdische Frau nicht untätig bleiben.

Noemi von Weisl.

Revisionistische Frauenarbeit in Österreich

Am 29. Dezember 1933 fand die zweite außerordentlich stark besuchte Sitzung der Frauengruppe statt. An die ausführlich gehaltenen Referate, die sich neuerlich mit Ziel, Zweck und Arbeitsprogramm befaßten schloß sich eine Debatte, an der viele der anwesenden Frauen lebhaften Anteil nahmen.

Einen breiten Raum in unserem Arbeitsprogramm nimmt die Bildung der Liga für die nationale Gewerkschaft in Palästina ein, um unsere Jugend der brutalen Willkür der Histadruth, die den ganzen Arbeitermarkt Palästinas unter Terror hält, zu entreißen.

Bezüglich Tozereth Haaretz wurden bereits feste Abmachungen mit einer hiesigen Großfirma getroffen. In der allernächsten Zeit wird eine große Propaganda und Verkaufstätigkeit für den Absatz von Palästinaprodukten erfolgen.

Sehr großes Interesse erweckte die Mitteilung von der am 1. Januar d. J. begonnenen Petitionsbewegung. Der geniale Gedanke Jabotinskys, alle Regierungen und die ganze zivilisierte Welt aufzurufen, den schweren Kampf um den Judenstaat zu unterstützen, wird von uns revisionistischen Frauen in die jüdische Gasse getragen und verbreitet werden.

Die Frage eines als Gast anwesenden jungen Mitgliedes der Mirjam, warum wir nicht der Wizo angehören, löste eine längere Debatte aus, die ene sehr reinigende Wirkung hatte und alle Unklarheiten beseitigte. Es wurde noch einmal von uns betont, daß wir im Gegensatz zur Wizo ein offenes politisches Bekenntnis ablegen und es ablehnen, uns vom politischen Kampfplatz fernhalten zu lassen und dadurch urteilslos zu werden. Zu groß ist die Not des jüdischen Volkes, zu verdüstert die Zukunft unserer Kinder. Wir haben kein Recht mehr, abseits zu stehen und uns nur mit Philantropie und ähnlichen schönen Dingen zu befassen.

An der Debatte beteiligten sich auch die Herren Graubart und Dr. Bukspan.

Die Entwicklung der Frauengruppe schreitet fort. Sie wird getragen von tiefstem Pflichtgefühl, die übernommenen Aufgaben zu erfüllen.

Eugenie Kreitler.

Weref in Biala-Bielsko

Die seit einem Jahre bei der hiesigen Ortsgruppe bestehende revisionistische Frauenorganisation »Weref«, hielt am 12. Dezember ihre Generalversammlung ab, an welcher 50 Frauen teilnahmen. Frl. J. Werner erstattete den Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit der Organisation. Ueber die Aufgaben der revisionistischen Frauenbewegung referierte sonach Dr. Wdowinski. Für die neue Arbeitsperiode wurden Frau Dr. Wdowinski und Frau Kryschek als Präsidentinnen, Frau Dr. Ebersohn, Dawidowitsch und Dir. Perl in den Ausschuß gewählt. Zur vorsitzenden der Jung-Weref wurde Frl. Grünstein und in den Ausschuß Frl. Reisner und Breslauer gewählt.

Mordfall Arlosoroff:

Die Anklage bricht schändlich zusammen

Jerusalem, 5. Januar (Z. T. A.). In dem Untersuchungsverfahren gegen Stavsky, Achi Meir und Rosenblatt haben wieder zwei Verhandlungen stattgefunden. Dem Wunsch der Verteidigung entsprechend legte Polizeihauptmann Rice die Originalberichte zu den Beschuldigungsakten vor. Zwischen dem Vertreter der öffentliche Anklage, Kommissar Shitreet, und dem Verteidiger Horace Samuel kam es zu einer heftigen Auseinandersetzung wegen angeblicher Kritik an der Polizei durch den Verteidiger. Es wurden eine Anzahl von Zeugen, Polizisten, Spurensucher, Chauffeure usw. vernommen.

Von entscheidender Bedeutung ist die Aussage des städtischen Zeichners Schammai Kuperstein, der am Mordabend, als er mit einem befreundeten Polizisten eine Radtour zum Jarkon unternahm, auf dem Wege von dem Vorgefallenen erfuhr und sich in die

Käte-Dan-Pension begab, wo Dr. Arlosoroff und seine Frau abgestiegen waren. Während der ihn begleitende Polizist mit seinem Vorgesetzten ein telephonisches Gespräch führte, hat Frau Arlosoroff, die dabei stand, erklärt, Araber hätten ihren Gatten niedergeschossen.

Am darauffolgenden Verhandlungstag verhörte Richter Bodilly nochmals den Zeugen Schammai Kuperstein, der während der vorausgegangenen Vernehmung in der bestimmtesten Form erklärt hatte, Frau Arlosoroff habe am Mordabend dem britischen Polizisten Sharmeister gesagt, ihr Mann sei durch Araber erschossen worden. Der Staatsanwalt Shitreet unterzog Kuperstein einem scharfen Kreuzverhör, dieser aber erklärte: Ich kann mich nicht geirrt haben; alles, was an diesem Freitag-Abend vorging, werde ich mein Leben lang in Erinnerung behalten.

Der nächste Zeuge, der britische Polizist Sharmeister bestätigte Kupersteins Aussage vollinhaltlich.

Der Verteidiger Horace Samuel beantragte die Verlesung des Tagesprotokolls der Jerusalemer Polizeistelle vom 16. Juni, in dem davon die Rede ist, es sei aus Tel Aviv die Nachricht eingelaufen, daß Dr. Arlosoroff von Arabern an der Küste erschossen wurde. Der Polizist Watkin, der Stavsky verhaftete, gab zu, daß er den Häftling, bevor dieser von Frau Arlosoroff indentifiziert wurde, in einem von außen leicht erreichbaren Raum untergebracht hatte. Shitreet beantragte, daß der bei Dr. Arlosoroff gefundene Revolver dem Mitglied der Jewish Agency-Executive Moses Shertok, dem er gehört, zurückgegeben werde. Verteidiger Horace Samuel sprach sich dagegen aus, Shitreet sagte, die tödliche Kugel sei aus einem Revolver anderen Kalibers abgefeuert worden. Der Polizeirichter beschloß, ein Sachverständigengutachten einzuholen, und wenn dieses feststellt, daß das Kaliber der Mordwaffe ein anderes war als das Kaliber des bei Arlosoroff gefundenen Revolvers, werde dieser Shertok zurückgegeben werden.

*

Der freidenkerische Jewish Agency-Mann

Auch Herr Shertok spielt also eine gewisse Rolle in diesem skandalösen Prozeß. Er ist Besitzer eines Revolvers, der bei Arlosoroff gefunden wurde, und hat im Zusammenhang damit auszusagen gehabt. Er hat als Zeuge ausgesagt. Und sollte beeidet werden. Da spielte sich nun vor dem britischen Gericht, wie das Wiener »Misrachi«-Blatt zu berichten weiß, folgendes ab:

> »Als er vom Richter aufgefordert wurde, den üblichen Eid zu leisten, legte ihm dieser, wie üblich, das Buch der Bibel vor und bat ihn, sich das Haupt zu bedecken. Aber wie erstaunt waren der englische Richter und das zahlreich erschienene Publikum, als Shertok offen erklärte, daß er nicht gewillt sei, einen »religiösen« Eid zu leisten und daß er sich mit der Bekräftigung seiner Aussage durch sein Ehrenwort begnügen werde.»

Das »Misrachi«-Blatt knüpft daran seine Bemerkungen; sie sind für Herrn Shertok nicht schmeichelhaft. Ja, so ein sozialistischer Jewish-Agency-Mann hat Rückgrat!

„Bona fide"-Touristen

Jerusalem, 3. Januar. Der Vorstand des Verbandes zur Förderung des Fremdenverkehrs in Palästina hielt mit dem Chefsekretär der Palästina-Regierung eine Beratung ab und überreichte ihm ein Memorandum, in dem auf die den allgemeinen Touristenverkehr schwer benachteiligenden Folgen des Regierungsdekrets gegen die sogenannten Touristeneinwanderer hingewiesen wird. Der Chefsekretär erwiderte, die Regierung werde demnächst eine Verordnung erlassen, die »bona fide«-Touristen, die nur zu vorübergehendem Besuch Palästinas eintreffen, allerlei Sicherheiten und Erleichterungen gewährt.

Jede Verfügung ein feindlicher Akt

Jerusalem. Gemäß einer neuen Bestimmung der Palästina-Regierung werden künftighin Leuten der Kapitalistengruppe (mit mindestens 1000 Pfund), nur dann Aufenthaltsbewilligungen erteilt, wenn die zur Verfügung stehende Summe in einer der nachstehenden Banken deponiert ist: Anglo-Palestine Bank, Ottoman Bank, Banko di Roma, Arab Bank und Barclay's Bank.

Diese Verfügung hat sowohl in jüdischen Bankkreisen als auch unter der gesamten jüdischen Bevölkerung große Empörung hervorgerufen. Die Tatsache, daß diese Liste bedeutende Bankinstitute wie Palestine Kupat Am Bank, Aschrai Bank, Misrachi Bank, Workers Bank und andere Banken in Jerusalem, Haifa und Tel-Aviv nicht mit einschließt, läßt deutlich erkennen, daß die Regierung einen Teil der palästinensischen Bevölkerung benachteiligt. Hierbei sei bemerkt, daß die Regierung gerade den Juden, wie sie selbst mehrmals zugab, ihre wachsenden Einnahmen zu verdanken hat.

Der natürliche Zuwachs der Juden und Araber

Gemäß der vor einigen Tagen veröffentlichten Statistik betrug der Geburtenzuwachs im Jahre 1932 bei Juden 29,21 per Mille, bei den Arabern 48,96 per Mille. Demgegenüber betrug die Sterblichkeit bei den Juden 9,65 per Mille, bei den Arabern 26,31 per Mille. Der natürliche Zuwachs beträgt also bei den Juden 19,65 per Mille, bei den Arabern 22,65 per Mille. Von 1000 Kindern im Alter bis zu 12 Monaten starben bei den Juden 86, bei den Arabern 164 Kinder.

Die Betarbeilage erscheint wegen Raummangels in der nächsten Nummer des „Judenstaat".

Ein nachahmenswertes Beispiel

Von einigen Wochen fand in Amsterdam die 34. Jahreskonferenz der holländischen Zionisten statt. Die zionistische Föderation Hollands ist eine relativ kleine Organisation. Sie kann sich nicht einer großen Zahl verkaufter Schekalim rühmen und besaß erst auf dem letzten Zionistenkongreß zum ersten Mal zwei Delegierte. Dafür aber stellt der Zionismus in Holland ideologisch und geistig eine ungewöhnlich starke und integrale Potenz dar. Die Organisation ist nicht groß an Zahl, hingegen fest gebaut und diszipliniert; der Begriff zionistische Pflicht ist dort keine leere Phrase, und die Reinheit zionistischer Prinzipien ist für den holländischen Zionismus das höchste, ja einzige Kriterium. Der Zionismus ist in Holland nicht verwässert, sondern ganz und gar maximalistisch: Judenstaat, jüdische Mehrheit, beide Seiten des Jordans, aktivistische zionistische Politik! Beide holländischen Delegierten stimmten in fast allen Fragen auf den XVIII. Kongreß mit den Revisionisten.

Das ist das geistige Antlitz des Zionismus in Holland. Und seine Herzlsche Kompromißlosigkeit fand ihren klaren Ausdruck in einen kleinen, aber ungemein charakteristischen Beschluß, der auf der erwähnten Jahreskonferenz nach leidenschaftlicher Debatte angenommen wurde: in dem nämlich, ein Mitglied auszuschliessen, das auf einer Versammlung des Vereines »Nach Links« im Haag eine Rede gehalten hatte, die als Ausdruck der Sympathie gegenüber dem Kommunismus und eines Tadels gegenüber zionistischen Grundsätzen gedeutet wurde.

Um diese Frage entwickelte sich, wie gesagt, eine leidenschaftliche Debatte. Es ist bekannt, daß man in den zionistischen Reihen einen gewissen »Respekt« allem gegenüber hegt, was nach Sozialismus und Kommunismus riecht und daß bei weitem nicht alle sich über den tiefen Gegensatz klar sind, der zwischen der kommunistischen Ideologie und Praktik und den Idealen und Zielen des Zionismus besteht. Es ist bei weitem noch nicht allen bekannt, welche ungeheuere Gefahr der Kommunismus in allen seinen Formen für die international-politischen und die Aufbauaufgaben des Zionismus darstellt. Der Salon-Kommunismus ist besonders unter den westeuropäischen Zionisten verbreitet, die in ihm nur eine Ausdrucksform sympathischer Freiheitsgedanken sehen. Deshalb ist der Vorschlag, aus der zionistischen Organisation einen Menschen auszuschließen, der sagte, er sehe »in der kommunistischen Partei nicht den g r ö ß t e n F e i n d des Zionismus und des Palästinaaufbaus«, für einige Delegierte der Jahreskonferenz etwas unerwartet gekommen.

In der Diskussion wurde die Frage mit gehörig hohem Niveau behandelt. Es ist vielleicht zum ersten Mal auf einer westeuropäischen zionistischen Konferenz die ganze demoralisierende Wirkung enthüllt worden, die der kommunistische Gedanke und die kommunistische Praktik auf die zionistische Jugend üben. Man wurde sich des verbrecherischen provokatorischen Spiels bewußt, das die Kommunisten in Palästina inszenieren, indem sie die düsteren arabischen Massen zu Pogromen gegen die »reaktionären Zionisten« aufreizen. Es wurde sicherlich auch der Verfolgungen gedacht, die die bolschewikischen Machthaber in Rußland den Zionisten angedeihen lassen. Es m ü ß t e klar werden, wieviel Ignoranz oder Böswilligkeit in der äußerlich so »unschuldigen« Behauptung steckt, daß »die kommunistische Partei nicht der größte Feind des Zionismus und des Palästinaaufbaus« ist.

Und der Beschluß, den betreffenden Herrn aus den Reihen der zionistischen Organisation Hollands auszuschließen, wurde mit einer Mehrheit von 63 Stimmen gegen 19 angenommen.

Das ist ein Beschluß, über den nachzudenken es sich auch für andere zionistische Organisationen verlohnt. Er ist auch nachahmenswert. Die zionistische Bewegung hat eine ideologische Reinigung nötig, sie muß desinfiziert werden. Die zionistische Weltbewegung kann und darf vielleicht nicht jene ä u ß e r l i c h e automatische Parteidisziplin einführen, von der gewisse Kreise im Zionismus träumen. Voraussetzung für einheitliches Handeln kann deshalb nur die ideologische Reinheit und Ganzheit der Bewegung bilden. Eine klare und feste Demarkationslinie zwischen den national-schöpferischen Kräften des Zionismus und den antinational zerstörenden Tendenzen der Dritten Internationale muß ein für allemal gezogen werden.

J. S c h e c h t m a n n.

Ein neuer antizionistischer Bluff

Ein Zeichen des elementaren Vordringens der jüdischen Kolonisation in Palästina ist es, wenn die arabischen Führer dem Colonial Office Vorschläge unterbreiten, die eine Einteilung Palästinas in einen arabischen und einen jüdischen Kanton beinhalten. Vor wenigen Jahren hat man diese Vorschläge jüdischerseits in den Kreisen des Brith-Schalom zur Annahme empfohlen, ohne allerdings viel Anklang, weder bei Juden noch bei Arabern, gefunden zu haben.

Dem jüngsten arabischen Plan zufolge, so wird gemeldet, soll Palästina in z w e i u n a b h ä n g i g e p o l i t i s c h e E i n h e i t e n geteilt werden, in einen arabischen und einen jüdischen Kanton. Zum arabischen Kanton sollen die Gebiete von Beer Sheba, Gaza, Mejdel, Jaffa, Ramleh, Nablus, Yenin, Tulkerem, Acco, die Jordanebene und Beisan gehören, wogegen der jüdische Kanton sich erstrecken soll von Tel-Aviv längst der Küste nach Haifa, östlich begrenzt durch die Eisenbahnlinie, weiters von Haifa nach Beisan, nördlich der Hedschasbahn und dann hinauf nach Tiberias und zum Huleh-Gebiet. Jerusalem, Hebron, Betlehem, Nazareth und Safed werden als i n t e r n a t i o n a l e r e l i g i ö s e Z o n e n erklärt und fallen außerhalb der beiden Kantone. Haifa soll zum F r e i h a f e n Gesamtpalästinas erhoben werden.

Beide Kantone besitzen Autonomie auf dem Gebiet des Erziehungswesens, des Gesundheitswesens, der lokalen Polizei und der Verwaltung. Offizielle Sprache ist hier arabisch, dort hebräisch. Als zweite Amtssprache gilt Englisch. Jeder Kanton erhält sein Parlament, dessen Kompetenzen jedoch aus den vorliegenden Meldungen nicht klar ersichtlich sind. Sie dürfen aber nicht ausgedehnt gedacht sein, nachdem die Verwaltung der allgemeinen und gemeinsamen Interessen beider Kantone einem aus Vertretern beider Parlamente zusammengesetzten Exekutivrat zustehen soll. Der High Commissioner hätte die Rolle eines Mittlers zwischen den beiden Teilen des Rates zu spielen. Fragen, die dem Oberkommissar vorgelegt, jedoch nicht im Exekutivrat ihre Erledigung finden können, sollen dem englischen obersten Gerichtshof oder dem Völkerbund zur Entscheidung unterbreitet werden.

Um sich die entscheidende Vormachtstellung zu sichern, s o l l T r a n s j o r d a n i e n a n d e n a r a b i s c h e n K a n t o n a n g e s c h l o s s e n w e r d e n, der den Namen »Südsyrien« tragen soll, wogegen der jüdische Kanton mit den Namen »Erez Israel« auszustatten ist.

Außerdem wird eine Zentralregierung eingesetzt werden (von wem?), die aus Arabern und Juden im Verhältnis ihrer zahlenmäßigen Stärke in beiden Kantonen bestehen soll. In ihre Kompetenz fallen die Gesetzgebung für das gesamte Land, das Post- Telegraph-, Zoll- und Verkehrswesen, die Währungspolitik, die öffentliche Sicherheit und die Grenzverteidigung.

Im arabischen Kanton hätten die Juden k e i n N i e d e r l a s s u n g s r e c h t, ebenso kein Recht dort L a n d zu erwerben. Kurz »Numerus nullus« für Juden im »arabischen« Kanton!

Sollte dieser Plan Wirklichkeit werden, was bei der Haltung des gegenwärtigen Palästinaregimes nicht ohne weiteres zu verneinen ist, so wäre das identisch mit dem Aufhören jeder nennenswerten kolonisatorischen Tätigkeit. Worauf der ganze saubere Plan ja hinauszielt. Eine Erledigung dieses wie aller anderen ähnlicher Pläne ist nur durch ein festes Auftreten des jüdischen Volkes zu erlangen. Die Chance hiezu ist da, die Petitionsbewegung hat begonnen.

l. k.

Dr. Hermann Kadisch gestorben

Der in dem Kampfe um die jüdische Nationalautonomie im alten Oesterreich sehr verdiente zionistische Politiker Dr. H e r m a n n K a d i s c h ist dieser Tage im 72. Lebensjahre verschieden.

Englische Neujahrspresse über Palästina

London. In ihren Neujahrs-Rück- und -Ausblicken befassen sich die englischen Zeitungen auch mit der Entwicklung des Jüdischen Nationalheims und des Wirtschafts- und Finanzwesens in Palästina. »Financial Times«, die Wirtschaftsbeilage der »Times«, führt u. a. aus: Unbeschadet der Rassenleidenschaften, die sich störend auswirken, hat Palästina im abgelaufenen Jahre in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht staunenswerte Fortschritte gemacht. Dank dem jüdischen Unternehmungsgeist ist eine wirkliche Umgestaltung erreicht worden, und es kann darüber keine abweichende Meinung geben, daß das jüdische Kapital und die jüdischen Einwanderer die Grundlagen für die weitere Entwicklung des Landes gelegt haben.

So schwindelt die Palästinaregierung . . .

Genf, 8. Januar. Das letzte der vierteljährlich erscheinenden Bulletins des Internationalen Arbeitsamtes über die Arbeitslage in allen Ländern der Welt enthält bezüglich Palästinas die überraschende Feststellung, daß die Ziffer der Arbeitslosen von 15.120 im November 1932 auf zirka 18.000 im November 1933 gestiegen ist. Diese Feststellung wirkt umso auffallender, als in fast allen anderen angeführten Ländern die Arbeitslosenziffern in der gleichen Periode mehr oder weniger stark gesunken sind.

Die statistischen Angaben des Internationalen Arbeitsamtes bezüglich Palästinas stützen sich auf offizielle Schätzungen der Palästina-Regierung, die in regelmäßigen Zeitabständen in der Jerusalemer »Official Gazette« veröffentlicht werden. Die Art, in der die palästinensische Regierung den Begriff »arbeitslos« definiert, wurde schon öfter nicht nur seitens der Juden, sondern auch seitens der Mehrheit der Mitglieder der Mandatskommission des Völkerbundes beanstandet. Zu den »Arbeitslosen« zählt die Palästina-Regierung verschiedene Kategorien Personen, die überhaupt nicht als »Arbeiter« statistisch zu erfassen sind, z. B. ä r m e r e F e l l a c h e n in entlegenen Dörfern, B e d u i n e n u. ä. m. Man ist in Genf darüber informiert, daß in den intensiven Arbeitsgebieten der Industrie und der Landwirtschaft Palästinas sogar ein e m p f i n d l i c h e r M a n g e l a n A r b e i t s k r ä f t e n besteht.

Misrachi, zionistische Organisation, Aguda . . .!

Warschau, 4. Januar. Auf der Landeskonferenz des polnischen Misrachi erklärte Rabbi F i s c h m a n n von der Weltexekutive des Misrachi in Palästina, der Misrachi beabsichtige nicht, der Zionistischen Organisation, die er ausbauen half, den Rücken zu kehren und sie den linken Elementen zu überlassen, aber er werde über die religiösen Belange wachen. Misrachi halte an seinem Beschluß, an dem Keren Hajessod nicht mitzuarbeiten, fest und bereite die Schaffung einer religiösen Front vor.

Anders sprach der Vorsitzende des polnischen Misrachi, Rabbi S. Brodt. In den Beziehungen des Misrachi zur Zionistischen Weltorganisation sei, so sagte er, eine revolutionäre Wendung eingetreten. Die mehr als 20.000 Kinder, die in den Palästina-Schulen der Zionistischen Organisation erzogen werden, wissen nichts von »Schma Jisrael«. Auf den Feldern wird am Sabbath gearbeitet. Wenn es so weitergeht, werden wir die weitgehendsten Konsequenzen ziehen und auch nicht v o r d e m A u s t r i t t a u s d e r Z i o n i s t i s c h e n O r g a n i s a t i o n z u r ü c k s c h e u e n. Zum Schluß sprach Rabbi Brodt von der Notwendigkeit, daß der Misrachi sich den anderen religiösen Gruppen im Judentum, so z. B. der A g u d a h, nähere.

*

Der in Warschau weilende Führer der lettländischen Agudah, Sejmdeputierter Rabbiner M. D u b i n, erklärte dem JTA-Vertreter, er glaube nicht, daß die Agudah bereit sein werde, mit dem Misrachi irgendein Abkommen zu treffen. Misrachi hat den Moment der Annäherung an die Agudah nicht richtig gewählt: warum erhebt er erst jetzt, wo die Linken ihn aus der zionistischen Exekutive hinausgedrängt haben, das Geschrei über Religionslosigkeit im palästinensischen Aufbau? Das ist verdächtig. Es besteht keine Aussicht, daß die Agudah mit dem Misrachi zusammengeht, s o l a n g e d e r M i s r a c h i e i n e F r a k t i o n d e r Z i o n i s t i s c h e n O r g a n i s a t i o n b i l d e t. Er, Dubin, glaube, daß dies der Standpunkt der Führer der Welt-Agudah ist.

Ausbau der Elektrizitätwerke

Im Ruthenberg-Elektrizitätswerk am Zusammenfluß des Jarkon und des Jordan wurde eine dritte Turbine für 8000 Pferdekräfte aufgestellt. Die Gesamtleistung des Elektrizitätswerks ist durch den erhöhten Bedarf an Strom für Licht und Kraft notwendig geworden. Man rechnet damit, daß in absehbarer Zeit eine vierte Turbine aufgestellt werden wird.

Aus Palästina

Bau von Petroleumreservoirs

Im Laufe des Januar oder Februar soll mit dem Bau von zehn großen Petroleumreservoirs begonnen werden, in denen die Irak-Petroleum-Gesellschaft die von den Oelfeldern in Kirkuk über 1200 Meilen durch die Wüste geleiteten Petroleumvorräte aufspeichern wird. Die Reservoirs werden auf dem Gebiet zwischen Haifa und Acco gebaut werden. Mehrere hundert Arbeiter werden bei dem Bau Beschäftigung finden. Aus England wurden zehn Ingenieure zur Ueberwachung der Arbeiten berufen.

Die Kapitalisteneinwanderung

Der soeben veröffentlichte Jahresbericht der Handelskammer von Tel-Aviv bringt bemerkenswertes Material über die Zahl der jüdischen Einwanderer, die mit eigenem Kapital nach Palästina gekommen sind. In den ersten neun Monaten des Jahres 1933 sind 2025 jüdische Einwanderer mit einem Eigenvermögen von je mindestens 1000 Pfund ins Land gekommen. Durch diese Einwanderer wurden somit mindestens zwei Millionen Pfund nach Palästina gebracht. Außerdem sind die Gelder zu berücksichtigen, die durch Institutionen ins Land gesandt wurden oder von Touristen investiert wurden, die später das Land verlassen haben. In den vorangegangenen Jahren war die Kapitalisteneinwanderung weit schwächer. Sie betraf 1930 192, 1931 269 und 1932 754 Einwanderer. Man erwartet, daß die noch nicht fertiggestellte Statistik für das Gesamtjahr 1933 eine Zahl von etwa 3000 jüdischen Einwanderern mit eigenen Mitteln ergeben wird.

Neuer Siedlungspunkt bei Jerusalem

Südlich von Jerusalem sollen in einem Gebiet, das in alter Zeit ein Zentrum des Obstbaus war, wieder Obstplantagen errichtet werden. Der Gärtner S. Z. Holzmann aus Rechowoth hat an der Straße nach Hebron in einiger Entfernung von den Teichen Salomons zu diesem Zwecke unter finanzieller Beteiligung des amerikanischen Seidenfabrikanten Isaak Sachs aus Ramath Gan ein Gebiet von 5000 Dunam erworben, auf dem 200 Familien auf der Grundlage des Obstbaus angesiedelt werden sollen. Bewässerungsmöglichkeiten sind in weitem Ausmaß vorhanden. Die Initiatoren des Projektes stehen in Verhandlungen wegen Ankaufs weiterer Grundstücke in dieser Gegend.

Ansiedlung griechischer Juden

In den Vereinigten Staaten haben ehemalige jüdische Einwohner der heute eine jüdische Bevölkerung von etwa 300 Familien aufweisenden griechischen Stadt Castoria 100.000 Dollar gesammelt, um Juden aus Castoria die Ansiedlung in Palästina zu ermöglichen. Ein Delegierter der Landsmannschaft hat sich nach Palästina begeben, um die notwendigen Investitionen vorzunehmen.

Import aus Nordamerika verdoppelt

Wie die vom American Economic Committee for Palestine herausgegebenen »Palestine Economic News« melden, ist der Palästina-Import aus den Vereinigten Staaten von 257.370 Pfund im Jahre 1931 auf 520.450 Pfund im Jahre 1932 gestiegen. Zu dieser Erhöhung haben insbesondere die Käufe der Irak-Petroleum-Gesellschaft für den Bau ihrer Oelleitung von Mossul nach Haifa beigetragen. Aber auch in allen übrigen Artikeln, die Amerika an Palästina liefert, waren Erhöhungen des Umsatzes zu verzeichnen.

Bodenkäufe des moslemischen Rates

Tul-Karem. Der Mufti von Jerusalem erwarb vor einigen Tagen im Dorfe Eatil 5000 Dunam Boden. Er beabsichtigt außerdem größere Landkäufe im Dorfe Zita, im Bezirke von Tul-Karem. Die in Erwägung gezogene Fläche beträgt 15.000 Dunam.

Spanien sucht Handelsbeziehungen

In Palästina ist ein Delegierter des spanischen Handelsministeriums aus Madrid eingetroffen. Der Delegierte wird das ganze Land bereisen und versuchen, wirtschaftliche Beziehungen zwischen Spanien und Palästinensischen Erzeugern und Verbrauchern herzustellen. Bekanntlich besteht auf dem englischen und kontinentalen Orangenmarkt zwischen Palästina und Spanien eine starke Konkurrenz.

Jüdische Anwälte

Wie vom obersten Gericht Palästinas der JTA mitgeteilt wird, sind in Palästina 206 jüdische und 155 arabische Advokaten beim obersten Gericht eingetragen; die Praxis üben aber nur 167 Juden und 152 Araber aus, so daß die Juden 52% und die Araber 48% der praktizierenden Anwälte ausmachen.

Landwirtschaftliche Mittelschule

Unter den Auspizien des Verbandes jüdischer Landwirte und der PICA soll demnächst zwischen Pardeß und Channah und Karkur in der Gegend von Chedera eine jüdische landwirtschaftliche Mittelschule errichtet werden. Mit dem Bau der Schulgebäude und einer den Bedürfnissen des Landes angepaßten Musterfarm soll in allernächster Zeit begonnen werden.

Sämtliche Teilnehmer der 14. »Pag«-Palästinareise sind wohlbehalten und anstandslos gelandet. Prospekte VI., Capistrangasse 2, Tel. B 25-3-81.

Nächste »Pag«-Gesellschaftsreise geht am 30. Januar 1934 von Wien ab.

Jüdische Welt

Wien. Der Magistrat von Bad Gastein, das alljährlich von vielen hunderten jüdischen Kurgästen besucht wird, hat bei der Ausschreibung des Postens eines Kurdirektors die Bedingung gestellt, daß die Bewerber den Taufschein und den Nachweis der Zugehörigkeit zum deutschen Volkstum erbringen müssen. Die Presse Oesterreichs weist darauf hin, daß diese Ausschreibung eine eklatante Verletzung der Verfassung bedeutet; die einheimischen und die ausländischen Juden sind davor zu warnen, Bad Gastein zu besuchen.

Berlin. Wie aus den Statistiken der amerikanischen Konsulate in Deutschland zu ersehen ist, sind seit Beginn des Hitler-Regimes bis Ende 1933 mehr als 1000 jüdische Familien aus Deutschland in die Vereinigten Staaten eingewandert. Die amerikanischen Konsulate zeigen sich bei Gewährung von Visen sehr entgegenkommend; über 90% der jüdischen Bewerber haben Visen erhalten, und zwar wurden Einreisebewilligungen nicht nur an solche Juden gewährt, die Eltern oder Kinder in Amerika haben, sondern auch an solche, die sich zu Geschwistern oder entfernteren Verwandten begaben. In der letzten Zeit hat die Auswanderung von deutschen Juden nach Amerika nachgelassen.

Nürnberg. Julius Streicher fordert in seinem »Stürmer« das Verbot für Juden, deutsche Frauen als Dienstmädchen und Lohnarbeiterinnen zu beschäftigen. Demgemäß fordert er Beschlagnahme der jüdischen Fabriken in dem Zentrum der Kleiderindustrie Aschaffenburg, wo Tausende deutsche Frauen beschäftigt sind.

New York. Der vom Völkerbund eingesetzte Hochkommissar für Hilfe an die deutschen Flüchtlinge James MacDonald, der gegenwärtig in Sachen der Flüchtlingshilfe in Amerika weilt, hielt bei einer Zusammenkunft der League for Political Education eine Ansprache, in der er folgendes sagte: Wie die Dinge in Deutschland liegen, ist zu erwarten, daß sich die Zahl der Flüchtlinge aus Deutschland, namentlich der jüdischen, in den nächsten Monaten beträchtlich erhöhen wird. Die amerikanischen Christen haben die Pflicht, die Leiden der Verfolgten zu mildern helfen. Die amerikanischen Christen werden den an sie ergehenden Appell, den deutschen Flüchtlingen zu helfen, angemessen beantworten.

New York. Der berühmte amerikanische Autofabrikant und Milliardär Henry Ford erklärte einem Vertreter des »New York Evening Journal«: Ich bin kein Judenfeind, ich habe nie Hitler gesehen und weder direkt noch indirekt je einen Cent für antisemitische Propaganda gegeben. Ich weiß, daß die Juden ihren Platz in der sozialen Weltstruktur würdig vertreten. Ich habe viele jüdische Geschäftsfreunde. Ich glaube nicht, daß die Juden Anlaß haben, in mir einen Gegner zu sehen.

New York. Der interimistische Schatzsekretär Henry Morgenthau jun., der engste Mitarbeiter des Präsidenten Roosvelt bei der Durchführung des großen Wirtschaftsplanes in der USA, wurde nunmehr definitiv zum Schatzsekretär (Finanzminister) der Vereinigten Staaten ernannt.

Moskau. Während im Zuge der staatlichen Aktion zur Ansiedlung von Juden in Biro-Bidschan programmgemäß im letzten Vierteljahr 3000 Neusiedler nach Biro-Bidschan hätten gebracht werden sollen, beträgt in Wirklichkeit die Gesamtzahl der in diesem Zeitraum Umgesiedelten bloß 395. In dieser Zahl sind 60 Familien inbegriffen, der Rest sind Einzelsiedler. 121 Personen wurden in Kollektivwirtschaften untergebracht, 24 Mann auf dem Staatsgut in Londoka, 4 Mann in einem Waffenfabrikationskollektiv, 8 in einer Kleiderfabrik und 42 in den Traktorführerkursen.

Budapest. Der Innenminister wurde im Parlament gefragt, warum man es der Pfeilkreuzorganisation gestatte, Ausschreitungen gegen Juden zu begehen. Der Innenminister erwiderte, die Regierung lasse jede legale Betätigung zu, werde aber Verletzung von Gesetz und Ordnung verhindern. In Steinamanger hatten Mitglieder der Pfeilkreuzorganisation eine Kundgebung gegen die Aufführung des Stückes eines jüdischen Verfassers im dortigen Theater veranstaltet. Es kam zu Unruhen, in deren Verlauf mehrere Mitglieder der Organisation verhaftet wurden.

Budapest. Beim Kultus- und Unterrichtsminister Dr. Valentin Homan hat eine Konferenz stattgefunden, an der die Rektoren und Dekane der ungarischen Hochschulen teilnahmen. Gegenstand der Beratungen bildeten die Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung an den Universitäten und Hochschulen, wo die jüdischen Hörer und Hörerinnen immer noch Gegenstand von Angriffen sind, die den normalen Fortgang des Lehrbetriebes empfindlich stören.

Sofia. Unter den Auspizien des Zentralkonsistoriums der Juden Bulgariens und mit dessen Mitwirkung ist hier eine Aktion im Gange, einen Fonds zur Ausbildung deutsch-jüdischer Kinder in Landwirtschaft und Handwerk für Palästina aufzubringen. Ungeachtet der schweren Wirtschaftslage des bulgarischen Judentums erwartet man, daß die nötigen Gelder für eine zweijährige Ausbildung von etwa 50 Jungen und Mädchen aus Deutschland aufgebracht werden würden. Die Kosten für die zweijährige Ausbildung eines Jugendlichen betragen 75 Pfund.

Belgrad. In der südserbischen Stadt Bitolj (Monastir) ist es zu antisemitischen Ausschreitungen gekommen. Eine Gruppe von jungen Leuten drang in mehrere Kaffeehäuser ein und überfiel dort unter antisemitischen Ausrufen jüdische Gäste. Die Behörden haben Maßnahmen getroffen, um ähnliche Vorfälle in Zukunft zu verhindern.

Belgrad. In den letzten Tagen haben in Zagreb 21 deutsche Emigranten, ausschließlich Juden, von den Behörden die Aufforderung erhalten, bis spätestens acht Tagen das Land zu verlassen. Von der Ausweisung sind in erster Reihe polnische Staatsbürger und solche, die sogenannte »Fremdenpässe« (Staatenlosen-Pässe) haben, schließlich deutsche Staatsbürger, von denen die Behörden wissen, daß sie vollkommen mittellos dastehen, betroffen. Das Zagreber Hilfskomitee für die deutschen Juden hat bei der zuständigen Behörde in Zagreb und — durch den Verband jüdischer Gemeinden Jugoslaviens in Belgrad — bei der Regierung interveniert.

Rückkehr alter Führer in die revisionistische Union

Paris. Die altbewährten Führer des russischen Zionismus Dr. Julius Brutzkus, Dr. M. Schwarzmann und J. Trivus haben in einem Schreiben an Vl. Jabotinsky ihren Wiedereintritt in die Weltunion der Zionisten-Revisionisten angemeldet.

Bekanntlich gehörten diese drei Persönlichkeiten jahrelang den revisionistischen Zentralinstanzen an, wo sie an führender Stelle tätig waren. Nach der Absplitterung der Großmann-Gruppe schieden diese Herren gleichfalls aus der rev. Weltunion.

Einige wenige Monate genügten, um sie davon zu überzeugen, daß nur der Revisionismus unter Führung Jabotinskys zionistische Staatspolitik betreibt.

Ihre erfolgte Rückkehr zur aktiven rev. Arbeit wird von allen Revisionisten mit Genugtuung aufgenommen werden.

Touristik nach Palästina

Die Stadtgemeinde Tel-Aviv hat wie jede andere moderne Stadt eingesehen, daß der Fremdenverkehr für die Entwicklung dieser Stadt, sowie des ganzen Landes von großer Bedeutung sein kann. Die Stadtverwaltung hat daher ihrerseits alles dazu beigetragen, um den Fremdenverkehr nach Palästina nicht nur durch Propaganda zu fördern, sondern auch tatsächlich alles das den Fremden zu bieten, was eine moderne junge Stadt, die eine glänzende Lage am Meeresstrande hat, einem verwöhnten Touristen bieten soll. Besonders jetzt in dieser Jahreszeit, da in Europa nicht für jeden das Wetter zuträglich ist, bietet Palästina und die Stadt Tel-Aviv etwas besonderes: Mai- und Junitage im Februar.

Die Stadtgemeinde Tel-Aviv hat es, anderen Großstädten gleich, verstanden, alle Mittel in die Wege zu leiten, um die Schönheiten Tel-Avivs und Palästina unter den breiten Massen bekannt und populär zu machen, und hat daher in den meisten Großstädten Europas Beauftragte ernannt, die Palästina-Kunde und sonstige Touristik-Fachkenntnisse besitzen, um den Interessenten mit den gehörigen Informationen dienlich zu sein. Als offizielle Propagandestelle der Gemeinde Tel-Aviv für Wien ist das Wiener Büro des Weltreisebüros Compass-Tours bestellt. Jeder einzelne, sowie auch Gruppen können auch im Büro der Compass Tours die gewünschten Informationen über Tel-Aviv und Palästina kostenlos erhalten. Am 21. Februar 1934 veranstaltet Compass Tours eine Reise zum Purim-Carneval nach Palästina mit der »Conte di Savoia« (48.000 T.). Es ist diesem Büro, dank seinem innigsten Kontakt mit dem Lande gelungen, solche Bedingungen für diese Reise zu schaffen, die den Teilnehmern um billiges Geld das Beste bietet.

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Landesverband der Zionisten-Revisionisten Oesterreichs, Wien, 9., Berggasse 16, für den Inhalt verantwortlich: Dr. Heinrich Glücker, Wien, 8., Lammgasse Nr. 10 — Druck: Appel & Co., Wien, 9., Liechtensteinstraße Nr. 21 Telephon Nr. A-10-1-14